



Die Palästinensische Behörde

Jon Immanuel

(Journalist, Autor)

Der palästinensische Nationalismus begann relativ spät, da sich die Palästinenser während vielen Jahrzehnten als Teil der arabischen Nation betrachteten. Erst nach der Gründung Israels beschlossen sie, dass sie ein separates Volk sein wollten. Die 1994 gegründete palästinensische Behörde (PA) ist formell eine Demokratie, doch steht da noch vieles im Argen. Alles ist darauf angelegt, dass Arafat von innen her keine Opposition entstehe. Ein Dutzend palästinensischer Sicherheitsapparate bekämpfen sich oft gegenseitig.

TATSACHEN

¶ Ohne christliche Judenverfolgungen in Europa wären wohl nicht viele Juden nach Palästina ausgewandert. Die Juden aus islamischen Staaten hatten keinen vergleichbaren Anlass, ihre Heimat zu verlassen. Dies heisst nicht, dass arabische Juden keiner Diskriminierung unterlagen, doch war diese nicht schlimmer als die Erniedrigung, die alle Nicht-Muslime und Frauen erleiden müssen. Der Islam betrachtet sich als tolerante Religion, weil er die Propheten und Heiligen seiner Vorgänger anerkennt. Aber hinter dieser Toleranz versteckt sich eine gewisse Intoleranz gegen Juden als separates Volk und politische Einheit in seiner eigenen Heimat. Der [radikale Islam](#) verweigert auch Christen das Recht auf Selbstbestimmung.

Zur Zeit des ersten Weltkrieges, als sich die ottomanische Regierung ihrem Ende näherte, begann der arabische Nationalismus Form anzunehmen. Die Palästinenser betrachteten sich damals jedoch als Teil eines neuen, unabhängigen Syriens und widersetzten sich – als Süd-Syrier – den jüdischen Einwanderern.

Mit der [Balfour-Deklaration](#) im Jahre 1917 nahm die jüdische Einwanderung zu, und der Nationalismus konzentrierte sich auf Palästina. Nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg (1948), der zu einem eigenen Staat für die in Palästina wohnenden Juden führte, wurde ein Grossteil der arabischen Palästinenser in Ägypten (im Gazastreifen) und in Cisjordanien absorbiert. Bis 1967 kontrollierten Ägypten und Jordanien den Gazastreifen und Cisjordanien.

1963 gründete die Arabische Liga die *Palästinensische Befreiungsorganisation* (*Palestine Libaration Organization*, [PLO](#)), die das palästinensische Volk unter den Auspizien der Liga repräsentieren sollte. Die [nationale Charta](#) der PLO unterstrich den arabischen Charakter Palästinas. Sie forderte die Eliminierung des Staates Israel und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre ehemalige Heimat. Die Schaffung eines palästinensischen Staates fehlte jedoch im Forderungskatalog.

Nach dem Sechstagekrieg 1967 änderte sich der Ton. Palästinenser begannen sich als separates Volk zu betrachten, und die Charta wurde revidiert. Die jüngere Generation widersetzte sich den Träumen ihrer Eltern, die lediglich eine Wiederherstellung der jordanischen Rolle in Cisjordanien wünschten. Schon 1957 hatte [Yasir Arafat](#) die nationalistische Fatah-Organisation gegründet, die in Cisjordanien die Kontrolle übernahm. Die Organisation bewahrte ihre Unabhängigkeit von allen arabischen Staaten und verschärfte den Wortlaut der Charta. Arafat wurde zum Symbol Palästinas, und Israel bekämpfte ihn jahrelang. Die Auseinandersetzung gipfelte 1982 im Krieg gegen die PLO in Libanon.

Mit der [ersten Intifada](#), die 1988 begann, wurde der Gedanke, Cisjordanien möglicherweise eines Tages an Jordanien zu retournieren, aufgegeben. Der immer militanter werdende islamistische Fundamentalismus machte Israel klar, dass Arafats säkularer Nationalismus eigentlich die bessere Option sei. Als 1992 eine Regierung unter Führung der Arbeitspartei an die Macht kam, war die Zeit reif, mit den Palästinensern ins Gespräch zu kommen. Der Zeitpunkt war gut gewählt, denn Arafat hatte im Golfkrieg von 1990/91 in völlig falscher Einschätzung der Lage den Irak unterstützt. Dieser Fehler schränkte seine diplomatischen Optionen sehr ein. In den Abkommen von Oslo (1993) fand Israels Hoffnung auf einen Kompromiss mit den Palästinensern ihren Ausdruck.

¶ Als Resultat der [Abkommen von Oslo](#) wurde 1994 die palästinensische Behörde (*Palestinian Authority*, [PA](#)) gegründet. Sie sollte in allen Gebieten, die den Palästinensern übertragen würden, die PLO ersetzen und die Funktion einer Regierungsbehörde übernehmen. Viele Palästinenser hofften, dass die Behörde demokratisch regieren würde, vor allem dass das palästinensische Parlament und der Präsident durch freie Wahlen gekürt werden. Bald zeigte sich jedoch, dass unter der palästinensischen Behörde noch weniger Demokratie herrscht als unter der PLO.

Die Abkommen von Oslo wurden von fast allen palästinensischen Gruppen, die sich nicht mit der Fatah identifizierten, abgelehnt. Aber es bestand zumindest die Hoffnung, dass die Nicht-Fatah Gruppen zu einer loyalen Opposition werden würden. Für die quasi-marxistische demokratische Front für die Befreiung Palästinas ([DFLP](#)) und die radikalere Volksfront für die Befreiung Palästinas ([PFLP](#)) traf dies zu – im Gegensatz zu den islamistischen Gruppen, wie die breit im Volk verankerte [Hamis](#)-Organisation und dem viel kleineren [Islamischen Jihad](#).

¶ Arafat kam im Juli 1994 nach Gaza und bildete seine Regierung in einer ähnlichen Art, wie er die PLO organisiert hatte. Er sorgte dafür, dass eine politische oder militärische Gefährdung seiner eigenen Autorität auf ein Minimum reduziert wurde.

Legislative: Der [Palestine Legislative Council](#) (PLC), auf der sich die demokratischen Hoffnungen stützten, ist ein Parlament mit 88 Mitgliedern, in dem Angehörige aller Fraktionen vertreten sind – auch der Hamas, dessen Angehörige als Unabhängige ins Rennen steigen durften. Der PLC wurde im Januar 1996 für eine Vierjahresperiode gewählt. Seit 1996 wurden keine Neuwahlen abgehalten, da die Verfassung, die Neuwahlen im Vierjahresrhythmus verlangte, von Arafat nie ratifiziert wurde. Das palästinensische Parlament hatte ebenfalls kein Interesse an der Ausrufung von Neuwahlen, da Abgeordnete ihre Ämter verlieren könnten.

Das Parlament tritt in Gaza und in Ramallah zusammen, aber seine gesetzgeberische Macht ist fast inexistent. Der PLC wird von Arafat, der alle Gesetze mit einem Veto belegen kann, meist ignoriert.

Exekutive: Arafats [Kabinett](#) hat 28 [Ministerien](#). Die grosse Zahl von Kabinettsposten erlaubt es ihm, sowohl lokale Palästinenser als auch alte Mitstreiter, die mit ihm aus Tunis kamen, zufrieden zu stellen. Arafat hat das Recht 20% der Minister zu ernennen, die nicht Mitglieder des PLC sind. Nach und nach erwiesen sich lokale Palästinenser als radikaler als die Rückkehrer. Auch Hamas ist im Kabinett vertreten. Das Kabinett besteht aus den folgenden Ämtern: Präsidentenamts, Landwirtschaft, zivile Angelegenheiten, Kultur, Gefangene und ehemalige Gefangene, Wirtschaft und Handel, Erziehung, Umwelt, Finanzen, Gesundheit, höhere Bildung, Wohnungsbau, Industrie, Information, Inneres, Justiz, Arbeitswesen, Munizipalitätsangelegenheiten, Beziehungen zu Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Planung und internationale Kooperation, Post und Telekommunikation, öffentliche Arbeiten, Sozialwesen, Versorgung, Tourismus und Antiquitäten, Transport, Waqf und religiöse Angelegenheiten, Jugend und Sport. Zudem umfasst es fünf Minister ohne Geschäftsbereiche. Als Kuriosum ist das Ministerium für jüdische Angelegenheiten zu erwähnen, das formell Rabbi Moshe Hirsh, von der ultra-orthodoxen Bewegung Naturei Karta, untersteht.

Judikative: Das [Rechtssystem](#) stellt einen der kontroversesten Aspekte der PA dar. Als Antwort auf Israels Begehren nach der Auslieferung vermuteter Terroristen gründete Arafat ein spezielles Sicherheitsgericht, das unter dem Vorsitz militärischer Richter steht. Oft werden Verdächtige an einem einzigen Tag verhaftet, verhört, vor Gericht gestellt und abgeurteilt. Manchmal geschieht dies, um Israels Auslieferungsbegehren zu umgehen, aber das System dient auch dazu, Kritiker, mundtot zu machen. Es existiert ein palästinensisches Oberstes Gericht, das mindestens in einem Falle die Freilassung von Hamas-Gefangenen verfügte, die ohne Gerichtsverhandlung inhaftiert waren. Das Urteil wurde jedoch von Arafat aufgehoben. Israelischen Forderungen zur Festnahme und Auslieferung vermuteter Terroristen werden meistens ignoriert.

In den autonomen Gebieten steht auf Kapitalverbrechen wie Mord und Hochverrat die Todesstrafe. Die entsprechenden Verfahren werden jeweils vor Militärgerichten verhandelt, die ursprünglich zur Aburteilung von Terrorverdächtigen etabliert wurden. Den Angeklagten standen ausser den von Gericht beauftragten Anwälten jeweils keine Verteidiger zur Verfügung, und die Verfahren dauern gelegentlich nur einige Minuten. Die Todesstrafe wurde öfters verhängt und ausgeführt. Einige Male wurde die Todesstrafe sogar für Vergewaltigung und für Kollaboration mit Israel vollzogen.

Die **Wirtschaft** untersteht ebenfalls Arafat. Viele seiner engsten Mitarbeiter kontrollieren den Import notwendiger Rohmaterialien, wie Öl und Zement. Israel drückt angesichts solcher Machenschaften beide Augen zu.

Die **Presse** in den palästinensischen Gebieten ist zumeist in der einen oder anderen Weise mit der palästinensischen Behörde liiert. Die palästinensische Tageszeitung [Al-Quds](#) erreicht etwa 50 % der Leserschaft der autonomen Gebiete, ist nominell unabhängig, verfolgt aber peinlich genau die Leitlinien der PA. [Al-Hayat al-Jadida](#) (gegründet von Nabil Amr) gilt als das eigentliche Sprachrohr der PA. Die vom Schriftsteller Akram Haniya redigierte Zeitung [Al-Ayyam](#) erlaubt sich manchmal, eine etwas offenere Linie einzunehmen. [Al-Risala](#) in Gaza ist eine pro-islamische Zeitung, die der Hamas-Organisation nahe steht. Es existieren ausserdem mehrere Wochen- und Monatszeitschriften. Aber der Grossteil der Bevölkerung wird durch Radio und Fernsehen informiert, die von der PA kontrolliert werden.

¶ Arafat bildete einen [Sicherheitsapparat](#) mit elf separaten Zweigen (in Klammern: die Kommandeure).

- Präsidentengarde „[Force 17](#)“ (Faisal Abu Sharq)
- Amt für präventive Sicherheit in Cisjordanien (Jibril Rajoub)
- Amt für präventive Sicherheit im Gazastreifen (Muhammad Dahlan)
- Allgemeiner Nachrichtendienst in Cisjordanien (Tawfik Tirawi)
- Allgemeiner Nachrichtendienst im Gazastreifen (Amin Al-Hindi)
- Militärischer Nachrichtendienst (Musa Arafat)
- Zivile Polizei (Ghazi Jebali),
- Öffentliche Sicherheit (Nasser Youssef)
- Nationaler Sicherheitsdienst (Haj Ismail Jabr)
- Küstenwache (Jawad Abu Hassan)
- Tourismuspolizei

Als weiteres Werkzeug in Arafats Machtstruktur gilt auch die Tanzim-Organisation unter Marwan Barghouti.

Die meisten [Sicherheitsapparate](#) haben zudem im Gazastreifen und in Cisjordanien separate Kommandeure, die ebenfalls miteinander im Wettstreit stehen. Jeder dieser insgesamt zwölf Apparate unterhält eine bewaffnete Miliz. Es kam schon vor, dass die verschiedenen Sicherheitsapparate das Feuer gegeneinander eröffneten. Zum Beispiel kämpfte 1966 Arafats Präsidentengarde, „[Force 17](#)“, in der Gegend von Nablus gegen Angehörige des Amtes für präventive Sicherheit.

Einige Sicherheitsapparate haben unterschiedliche Aufgaben, die Bereiche anderer überschneiden sich. Da jedes Amt eifersüchtig über seine eigenen Vollmachten wacht, kann Arafat sie gegeneinander auszuspielen. Die Chefs der verschiedenen Ämter rapportieren direkt an Arafat, der ihnen manchmal widersprüchliche Befehle erteilt. So wird zum Beispiel einem Sicherheitsapparat nahegelegt, die Bevölkerung zu Unruhen anzuspornen, während ein anderer gleichzeitig damit beauftragt wird, die Unruhen zu unterdrücken. Das Resultat ist jeweils ein grosses Durcheinander, in dem Arafat die Rolle des obersten Richters innehat.

Obwohl die PA gemäss dem Abkommen von Kairo (1994) darauf beschränkt wurde, 18,000 bewaffnete Polizisten zu halten, wuchs deren Zahl auf 40,000 an. In den jüngsten Auseinandersetzungen wurde die Organisation [Tanzim](#) bekannt. Sie stellt den militärischen Arm von Arafats Fatah dar und ist eng mit dem Amt für präventive Sicherheit verbunden ist. Da ihr laut den Abkommen von Oslo keine offizielle Rolle zusteht, sieht sie ihre Aufgabe offenbar darin, Unruhe zu schüren und Israel zu provozieren. Dies geschah 1996 nach der Öffnung eines Tunnels neben dem Tempelberg und noch einmal nach dem Besuch von Oppositionsführer Ariel Sharon auf dem Tempelberg im September 2000. Viele Polizisten betätigen sich ausserhalb Ihrer Arbeitszeit als Mitglieder der [Tanzim](#) Organisation.

¶ In den späten Siebzigerjahren kultivierte Israel als Gegengewicht zu der säkularen, nationalistischen Bewegung die islamistische Opposition. Die Meinung war damals, dass religiöse Gruppierungen weniger nationalistisch sein würden als die PLO. (Die [Hamis](#)-Organisation entwickelte sich als palästinensischer Arm der Muslim Brüderschaft.) Weil aber islamische Gruppen in den Achtzigerjahren mehr als erwartet erstarkten, sah sich Israel zu einem Abkommen mit der PLO veranlasst.

Durch die Abkommen von Oslo wollte Ministerpräsident Rabin den Einfluss der Islamisten reduzieren. Er spekulierte darauf, dass Arafat die militanten Kreise

unterdrücken würde. Aber der Palästinenserführer konnte, oder wollte dies nicht tun. Trotz zahlreicher Selbstmordattentate wurde die palästinensische Polizei lediglich in zwei Fällen gegen eine der beiden Gruppen aktiv. Am 18. November 1994 eröffnete die Polizei das Feuer gegen Gläubige, die vor der [Filastin Moschee](#) in Gaza gewaltsam demonstrierten. Dreizehn Menschen wurden getötet und 200 verwundet. Im Oktober 2001 feuerte die Polizei gegen Manifestanten, die für Osama Bin-Laden demonstrierten. In beiden Fällen war es Arafats Machtposition, die in Gefahr war, nicht die israelische Sicherheit.

Die PA benützt die klassische Taktik arabischer Regimes, in denen ein säkularer Diktator von einer fundamentalistischen Opposition herausgefordert wird. Manchmal werden die Fundamentalisten zur Mitarbeit in der Regierung aufgefordert, bei anderen Gelegenheiten werden sie unterdrückt. Nie wird versucht, ein wirksames ziviles Gesellschaftssystem aufzubauen.

¶ Mit dem Ausbruch der [zweiten Intifada](#) im September 2000 – sieben Jahre nach Unterzeichnung der Oslo Verträge –, wurden die israelischen Hoffnungen schwer erschüttert. Der Gewaltausbruch folgte auf die beispiellosen Kompromissangebote, die Ehud Barak den Palästinensern in [Camp David](#) angeboten hatte. Im Gegensatz zur ersten Intifada, die die palästinensischen Forderungen klarlegte, verwischte die zweite Intifada die Ziele der palästinensischen Behörde. Arafat schien mehr darauf bedacht, die Extremisten in den eigenen Reihen zu beschwichtigen, als den nationalen Traum des palästinensischen Volkes zu verwirklichen.

Palästinenser stellen die Frage, weshalb sie den Preis für die Jahrhunderte währende Verfolgung der Juden durch die Christen bezahlen sollen. Viele von ihnen wären geneigt, jüdische Siedler als Einwohner in einem zu gründenden Staat Palästina zu akzeptieren, falls diese ihrerseits bereit wären, unter palästinensischer Souveränität zu leben. Dabei ist ihnen jedoch klar, dass ideologisch orientierte Siedler auf ein solches Angebot nie eingehen würden. Hamas wäre zur Aufnahme jüdischer Einwohner im historischen Palästina bereit, falls sie eine islamische Herrschaft anerkennen würden.

ARGUMENTE

„ *Hamas und Islamischer Jihad sind legitime Oppositionsparteien, die im palästinensischen Volk grosse Unterstützung geniessen.*“

¶ Hamas wurde 1988 zu einer politischen Bewegung. Der islamische Jihad, der seit etwa 1979 aktiv ist, war nie mehr als eine Bande von Bewaffneten, die sich zur Zerstörung Israels verpflichtet hatten. Beide Organisationen lehnen die Verträge von Oslo ab und verschrieben sich dem bewaffneten Kampf. Es besteht kein Zweifel daran, dass Hamas im Volk Unterstützung besitzt – laut [Umfragen stimmten im Dezember 2001](#) etwa 25% der palästinensischen Bevölkerung den Zielen islamistischer Bewegungen zu (1998 waren es 11%). Hamas und Jihad können nicht als legitime Opposition bezeichnet werden, solange sie nicht auf Anwendung von Gewalt verzichten. Ihre Befürwortung der Gewalt kompromittiert die Legitimation der palästinensischen Behörde.

„ *Auch die islamische Opposition besitzt ein glaubwürdiges politisches Programm.*“

¶ Es ist die gängige Meinung, dass die radikalen Islamisten – Hamas und der islamische Jihad – Israel zerstören wollen. Dies mag für den islamischen Jihad zutreffen, doch die Position von Hamas ist subtiler. Der Islam ist eine Religion, deren Ideologie auf militärischen und politischen Eroberungen beruht. Deshalb entschied Hamas, dass Angriffe gegen israelische Soldaten und Zivilisten gestattet sind (Opfer unter Frauen und Kindern sollen nach Möglichkeit vermieden werden), solange Israel Cisjordanien und den Gazastreifen besetzt hält. Dies kann nicht als politisches Programm angesehen werden.

Hamas ist eine Bewegung, die dank islam-freundlichen Abgeordneten im palästinensischen Parlament breite Unterstützung im Volk geniesst. Ihr politisches Ziel ist die Wiedererlangung der moslemischen Souveränität über ganz Palästina. Die gemässigste Position, die Hamas je vertrat, ist der mögliche Abschluss eines temporären Waffenstillstandes, der verlängert werden könnte, falls Israel sich auf die Grenzen von 1967 zurückzieht und die Rückkehr der Flüchtlinge zulässt.

Die permanente Souveränität eines nicht-moslemischen Staates über moslemischen Grund und Boden kann Hamas niemals gutheissen. Moslemischer Grundbesitz muss dem [Waqf](#), der moslemischen Verwaltungsbehörde, übergeben werden. Vom islamischen Standpunkt könnte die Rückgabe moslemischer Territorien allerdings bis zur verheissenen Rückkehr Allahs aufgeschoben werden. Hamas hat möglicherweise im Sinne, das Land den Juden in Pacht zu überlassen. Einen Friedensvertrag mit Israel würde die Organisation nie unterzeichnen, aber sie würde Arafat nicht davon abhalten, dies zu tun.

„Wie kann Israel von der PA erwarten, dass sie Verdächtige ausliefert? Israel würde nie einen Siedler ausliefern, der ein Verbrechen gegen einen Palästinenser beging.“

¶ Gemäss den Abkommen von Oslo ist Israel dazu berechtigt, von der palästinensischen Behörde die [Auslieferung von Palästinensern](#), die Israeli angegriffen haben, zu verlangen. Andererseits ist Israel nicht verpflichtet, die eigenen Staatsbürger auszuliefern. Diese unausgewogene Vereinbarung hatte eigentlich nie eine Chance, realisiert zu werden. Israel sah dies ein und begnügte sich deshalb mit der Forderung, dass verdächtige Palästinenser verhaftet würden. Aber auch dies geschah nur selten.

„Die palästinensische Behörde hat über 40,000 Polizisten, weil Israel von ihr die Kontrolle aller gewalttätigen Element erwartet.“

¶ Laut den Verträgen von Oslo darf die palästinensische Behörde 30,000 Polizeibeamte halten. Die PA hat allerdings [viel mehr unbewaffnete „Sicherheitsbeamte“](#) angestellt, um arbeitslose Aktivisten zu beschäftigen. Viele von ihnen gelangten auf Umwegen – durch Schmuggel oder auf dem Schwarzmarkt – in den Besitz von Waffen.

Bis anhin versuchte die PA nie ernsthaft, illegale Waffen zu konfiszieren. Jedes Mal, wenn sie Anstalten machte, dies zu tun, stösst sie auf starken Widerstand der Bewaffneten. Diese weigerten sich, ihre Waffen abzuliefern, so lange Siedler bewaffnet seien, oder solange ihre politischen Gegner innerhalb der palästinensischen Gebiete Waffen tragen. Die PA versuchte, Konfrontationen zu vermeiden, und befahl, dass Waffen zu Hause eingeschlossen werden müssten und nicht in der Öffentlichkeit zur Schau getragen werden dürfen. Diese Weisung wird aber nicht beachtet.

„Die palästinensische Behörde kann nicht die Aktivitäten jedes einzelnen Fundamentalisten, der sich in die Luft sprengen will, kontrollieren.“

¶ Ja, aber es müssen Massnahmen getroffen werden, um diejenigen zu finden und zu bestrafen, die Terroristen und Attentäter rekrutieren, ausbilden und deren Bewaffnung finanzieren. Auch wenn im Kampf gegen die Gewalt kein hundertprozentiger Erfolg erreicht werden kann, muss sich die PA ohne Vorbehalte dieser Zielsetzung annehmen.

„Auch das palästinensische Volk wünscht Demokratie, aber demokratisches Gedankengut kann nicht vor der Entstehung eines Staates Fuss fassen.“

¶ Das palästinensische Volk lebt zwar neben einem demokratischen Nachbarn, hat aber keine eigenen Erfahrung mit demokratischen Institutionen. Das Problem ist nicht nur, dass Arafat kein Demokrat ist, sondern ein unorganisierter, unwirksamer Diktator ist. Er will nicht delegieren, und deswegen konnten die in einem geordneten Staat üblichen Institutionen nicht entstehen. Dies bewirkte Chaos und Anarchie. Yitzhak Rabin begann den Oslo-Prozess, weil er dachte, dass Arafat ein Diktator sei, der leichter gegen seine Opposition vorgehen könne, als das demokratische Israel.

Das Fehlen eines Staates ist kein Grund für die Absenz demokratischer Institutionen in den autonomen Gebieten.

In einer demokratischen Atmosphäre würde der Staat selbst schneller entstehen. Die Bekämpfung des Terrorismus ist ein erster Schritt zur Schaffung Demokratie. Aber das Wachstum der Sicherheitsämter, von denen es zur Zeit ein Dutzend gibt, trägt nur wenig zur Beilegung der Gewalt bei. Im Gegenteil, es führt zur Anarchie.

„Viele palästinensische Minister und Polizeichefs sind korrupt, weil Israel darauf beharrt, mit ihnen in dieser Art zu kooperieren.“

¶ Israel handelt mit den palästinensischen Repräsentanten so, wie Arafat es wünscht. Israel wollte weder Arafats Autorität untergraben noch in interne palästinensische Politik eingreifen. Obwohl Israel sich mit einem demokratischen Nachbarn besser fühlen würde, konnte Arafat nicht davon abgehalten werden, ein traditionelles, nahöstliches Präsidialsystem einzuführen. Was Israel wichtig ist, sind bilaterale Übereinkommen, die Unterstellung des palästinensischen Volkes unter palästinensische Kontrolle und eine Beendigung der Gewalt.

„Ein Gebiet, in dem noch keine Staatsmacht herrscht, kann sich keine absolute Pressefreiheit und keine humanitäre Organisationen leisten.“

¶ Das Fehlen von Grundrechten in den palästinensischen Gebieten ist ein schwieriges und durch die Palästinenser selbst zu lösendes Problem. Eine Beschränkung der Pressefreiheit und der Menschenrechte mag in einem ersten Stadium dazu beitragen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten. Langfristig ist für Israel allerdings nur ein palästinensischer Nachbar, der Pressefreiheit und [Menschenrechte](#) respektiert, ein zuverlässiger Partner.

„Die PA muss eine Armee halten, um sich gegen israelische Invasionen und Vertragsbrüche zu verteidigen.“

¶ Israel kann in den palästinensischen Gebieten keine Armee mit bewaffneten Brigaden, Panzern und allgemeiner Aushebung von Soldaten akzeptieren. Allerdings unterstützt es eine starke Polizeipräsenz zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung.

Alle bilateralen Abmachungen werden durch internationales Recht garantiert sein. Meinungsverschiedenheiten und Konflikte müssen durch internationale Rechtsprechung und andere friedliche Mittel gelöst werden. Militärische Vorbereitungen der Palästinenser, die dazu dienen, die Gewalt als strategische Option aufrecht zu erhalten zeugen von böser Absicht.

„Arafat kann die Gewalt nicht unter Kontrolle bringen.“

¶ Entweder kann Arafat nicht, oder er will nicht. In beiden Fällen hat es aus israelischer Sichtweise keinen Sinn, mit ihm zu verhandeln. Aber Arafats Macht war nie von militärischer oder diplomatischer Macht gekennzeichnet. Er bezog seine Autorität aus seinem symbolischen Status als Vater seines Volkes und aus seiner Unabhängigkeit von arabischen und westlichen Mächten. Er ist ein moralisches Symbol, da er die Unterdrückung des palästinensischen Volkes symbolisiert.

Dies war der Grund, dass Israel beschloss, mit ihm zu verhandeln. Die Meinung war, dass das palästinensische Volk Arafats Beispiel folgen werde, sobald dieser Israel anerkennt. Nur er könne Kompromisse eingehen und überleben, meinte man in Israel. Nur er könne zu Hamas eine Alternative aufbauen. Aber Arafat tat nichts dergleichen. Er wurde erst dann gegen seine politischen Gegner in der islamistischen Bewegung aktiv, wenn sie sich als klare Gefahr für seine Autorität erwiesen.

Arafat meinte, dass sich Israel mit ihm arrangieren müsse, wenn es nicht einen noch radikaleren Führer akzeptieren wolle. Er glaubt, dass eine Lösung, die durch internationale Intervention aufgezwungen wird, für die Palästinenser besser wäre als das, was er durch bilaterale Gespräche erreichen kann. Möglicherweise zieht er es auch vor, ein Symbol des islamischen Kampfes zu bleiben und Führer eines winzigen Staates zu werden. Alle Anzeichen scheinen daraufhin hinzuweisen, dass die Gewalt in Arafats Interesse liegen.

„Palästinensische Schulbücher sind nicht anti-israelischer oder antisemitischer als die Lehrmittel, die in Ägypten oder Jordanien benützt werden.“

¶ [Palästinensische Lehrmittel](#) enthalten zahlreiche Passagen, die Ressentiments gegen Israel und Juden zum Ausdruck bringen. Schüler werden zu einer feindlichen Einstellung angeleitet. (israelischen Schulbüchern kann Ähnliches vorgeworfen werden: in israelischen Geographiebüchern ist die sogenannte „grüne Linie“ nirgends eingezeichnet, und ehemalige palästinensische Ortschaften werden fast nie erwähnt.) Die PA behauptet, dass sie ägyptische und jordanische Schulbücher benützt, und dass diese Lehrmittel so lange gebraucht werden müssen, bis die PA Gelegenheit hat, [eigene Lehrmittel](#) zu entwickeln. Aber es ist offensichtlich, dass in den Schulen die Absicht verfolgt wird, Feindschaft zumindest solange zu schüren, als die Besetzung anhält. Palästinensische Schüler, welche die grüne Linie nie überschritten haben, sehen Israeli nur als Siedler und Soldaten. Opferbereitschaft und Märtyrertum werden in palästinensischen Schulen höher eingeschätzt als der Respekt vor menschlichem Leben. Eine solche Erziehung ermuntert Kinder dazu, bewaffnete Soldaten herauszufordern.

„Anschläge und Selbstmordattentate werden von Extremisten auf eigene Faust ausgeführt. Arafat und die palästinensische Behörde haben nichts mit ihnen zu tun.“

Nach dem israelischen Einmarsch nach Ramallah (April 2002) fand die Armee in den Büros des palästinensischen Zahlmeisters Fuad Shubaki [zahlreiche Dokumente](#), die die palästinensische Behörde und Arafat persönlich direkt mit der Planung und Organisation von Attentaten in Verbindung bringen. Ein Dokument bezifferte zum Beispiel die Kosten für Sprengstoffgürtel. Die Armee fand auch von Arafat eigenhändig unterschriebene Anweisungen zur Zahlung von Unterstützungsgeldern an bekannte Extremisten und vermutete Attentäter. Zu bemerken ist, dass palästinensische Extremisten auch noch von anderer Seite Unterstützung erhalten. Laut der Zeitung Al-Kuds erhält die Familie eines Selbstmordattentäters von der irakischen Regierung 15,000 Dollar. Die Hinterbliebenenen von „Märtyrern“, die von der israelischen Armee getötet wurden, bekommen 10,000 Dollar. Für Verletzungen zahlt der Irak zwischen 500 und 1,000 Dollar und für ein zerstörtes Haus 5,000 Dollar.

LINKS

Yasir Arafats Homepage	www.p-p-o.org
Palästinensische Behörde	www.pna.net
Palästinensisches Tourismusministerium	www.visit-palestine.com
Palästinensische Datenbank	www.palestinedatabank.com
Palästinensische „Gelbe Seiten“	www.palestine-pages.net
Jerusalem Media and Communications Center	www.jmcc.org
European Institute for Research on Mediterranean and Euro-Arab Cooperation	www.medeabe
The Terrorism Research Center	www.terrorism.com
The Interdisciplinary Center, Herzliya	www.ict.org.il
The Palestinian Legislative Council	www.pal-plc.org/english/english.html
The Palestinian National Information Center	www.pnic.gov.ps/english.html
Jewish Virtual Library	www.us-israel.org/jsource/myths/